

BIRMA / Kaum jemand sieht die Chance auf demokratische Freiheit

Kein Licht am Ende des Tunnels

Pressehaus Heidenheim_29 dezember 2007

Die Briten gingen, vier Jahre später kamen schon die eigenen Militärs. Seit 1962 wird Birma von einer Junta regiert, die jeden Widerstand mit Gewalt erstickt. "Wir müssen hoffen, dies ist unsere letzte Chance", sagt der Exilbirmane mit Tränen in den Augen. "Wir können ja schließlich nicht nochmal 20 Jahre warten." Doch überzeugt klingt Zin Linn (62) nicht.

Die Hoffnung, räumt er ein, dass das Volk sich trotz der jüngsten Niederschlagung friedlicher Proteste bald vom Joch der seit 36 Jahren waltenden Militärherrscher befreien kann, ist vor allem Wunschdenken. Der Sprecher der Exilgruppe "Nationale Koalitionsregierung von Birma" in Bangkok sieht 60 Jahre nach der Unabhängigkeit keinen Silberstreif am Horizont.

"Ich bin nicht optimistisch, wenn ich in die Zukunft blicke", sagt eine Dissidentin in Rangun, die sich nach "sechs Jahren, fünf Monaten und sechs Tagen" in den Kerkern des Regimes ins Privatleben zurückgezogen hat. "Die Opposition, das sind doch alte Männer, alles ehemalige Offiziere. Und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi ist eine Galionsfigur, aber allein regieren kann sie auch nicht." Wie die Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi heute war ihr Vater Aung San einst großer Hoffnungsträger der Birmanen.

Er kämpfte in den 40er Jahren zunächst mit den japanischen Besatzern gegen die britische Kolonialmacht. Dann wechselte er die Seiten und half, die Besatzer zu besiegen. Fortan verhandelte er mit den Briten über die Unabhängigkeit. Er wurde sechs Monate vor Erreichen seines Traums von einem politischen Rivalen ermordet.

Die Unabhängigkeit kam trotzdem, am 4. Januar 1948. Frei war Birma nur vier Jahre. Seit Ne Wins Militärputsch 1962 steht das Land unter Militärrherrschaft. Wie brutal das Regime vorgehen kann, zeigte sich im September. Als Bürger nach schmerzhaften Preiserhöhungen verzweifelt auf die Straße gingen, schlossen sich plötzlich die Mönche an. Hunderttausende marschierten - bis das Militär erst Tränengas und dann Gewehre einsetzte. 15 Menschen, sagt das Regime, seien ums Leben gekommen. Menschenrechtsgruppen gehen eher von 200 Toten aus. Die Vereinten Nationen haben zwei Gesandte geschickt, die die Generäle zu einem Dialog mit der Opposition bewegen sollen. Die Aussichten auf Erfolg sind gering.

"Die Zukunft?", sagt der langjährige Birma-Forscher und US- Professor David Steinberg, der kurz nach den Unruhen in Birma war. "Ich sehe mehr Ärger, größere Gewalt, stärkere Militärkontrolle, noch mehr Hunger, noch weniger Almosen für die Mönche - die Krise wird weitergehen, bis die Regierung einsieht, dass sie ein Problem hat." Immer mehr Deserteure. Danach sieht es nicht aus. "Wir werden weiter marschieren."

Es gibt keinen Grund, die Richtung zu wechseln", schrieb das Staatsorgan "Neues Licht von Birma" zwei Wochen nach der blutigen Niederschlagung der Demonstrationen. Die Südostasiatische Staatengemeinschaft Asean ließ sich bei ihrem Gipfeltreffen im November in Singapur von ihrem Mitglied Birma brüskieren. Der Außenminister verhinderte in letzter Sekunde ein Gespräch mit dem UN-Gesandten Ibrahim Gambari, der offiziell eingeladen worden und schon im Anflug auf Singapur war. Singapurs Außenminister George Yeo räumt ein: "Wir sind nicht optimistisch."

Es wird schwierig und kompliziert, aber was ist die Alternative?" Ein Aufstand innerhalb der Armee, meinen manche Birma-Kenner. "Das Einknüppeln auf die Mönche dürfte die Psyche vieler junger Offiziere erschüttert haben", sagte der frühere BBC-Korrespondent Larry Jagan bei einem Forum in Bangkok. Die Zeitschrift "Janes Weekly" berichtete 2006 aus einem internen birmanischen Armeepapier über wachsende Zahlen von Deserteuren. Binnen vier Monaten seien fast 10 000 Soldaten verschwunden. Viele Birmanen sehen keine Befreiungschance von unten. "Unsere einzige Hoffnung ist, dass die Amerikaner kommen und die Regierung bombardieren, wie im Irak", sagt eine 60-Jährige. Oder nicht mal das. "Wir sind Buddhisten und glauben an die Wiedergeburt", sagt sie. "Wir sehen unser Leiden als Bestrafung für Sünden in früheren Leben."

Birma erhöht Gebühren für Satelliten-TV drastisch

RP on line_2 januar 2008

Rangun (RPO). Birma hat die Gebühren für Satelliten-Fernsehen drastisch erhöht und den Zugang zu ausländischen Medien erschwert. Die jährliche Gebühr für die Nutzung einer Satelliten-Schüssel stieg um das 167-fache von umgerechnet 3,20 Euro auf 544 Euro. Bei Neuansmeldungen seien künftig sogar umgerechnet fast 1100 Euro fällig. "Wir kennen nicht den Grund für die Erhöhung", sagte der Post-Mitarbeiter, der nicht namentlich genannt werden wollte.

Die Medien sind in Birma strikter staatlicher Kontrolle unterworfen. Für viele Menschen sind die per Satellit empfangbaren Sender wie die britische BBC oder der in Norwegen ansässige Kanal Demokratische Stimme Birmas daher die einzige Möglichkeit, ungefilterte Informationen über die Militärdiktatur zu erhalten. Während der Massenproteste im vergangenen September, die von den Militärs gewaltsam niedergeschlagen wurden, waren ausländische Medien eine wichtige Nachrichtenquelle.

Die Regierung in Rangun bezeichnet die BBC, den US-Auslandssender Voice of America und den Kanal Radio Free Asia dagegen regelmäßig als "Lügner", die es auf die Zerstörung Birmas abgesehen hätten.

Myanmar (Burma) - Glänzendes Land ohne Gloria - 29.1.

Kategorie: Kultur Tagestipps_2 januar 2008

Die vergoldeten Spitzen der Pagoden ragen in den blauen Tropenhimmel. Mönche in purpurroten Gewändern ziehen am frühen Morgen durch die Dörfer und sammeln ihre Essensrationen für den Tag ein. Ochsenkarren rollen im Takt des ländlichen Lebensrhythmus über staubige Pisten.

Dies ist Schauseite Myanmars, eines Land, in dem das Asien vergangener Zeiten lebendig ist. Im vergangenen Herbst rückte das schier vergessene Burma oder Myanmar plötzlich in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit, als die Truppen der herrschenden Militärjunta gegen friedlich demonstrierende Mönche und Zivilisten mit brutaler Gewalt vorgehen. Der Freiburger Photojournalist Jürgen Pöhlitz und seine Frau Sonja sind intime Kenner des südostasiatischen Vielvölkerstaats und haben in ihren Bildern ebenso die überreichen Schönheiten des Landes festgehalten, wie sie vom Alltagsleben der Menschen berichten und über die Tragik und Konflikte des Landes berichten. Die beiden Asienspezialisten schildern in einer Reportage die Ursachen für die Ausbeutung der Teakwälder und gehen auf die menschenrechtsverachtende Politik der Militärregierung ein. Das Schicksal eines unterdrückten Volkes, der Freiheitskampf ethnischer Minderheiten und ein Porträt der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi sind Themen ihrer journalistischen Recherchen.

20.30 Uhr, :: Jubez, Am Kronenplatz 1, 76133 Karlsruhe, Fon: 0721/935193

US-Senat stimmt für verschärfte Sanktionen gegen Burma

Baz.ch_20 december 2007

US-Repräsentantenhaus hat auch der Senat für eine Verschärfung der Strafmassnahmen gegen die Militärregierung in Burma gestimmt. Die Parlamentskammer stimmte am Mittwoch einem Gesetzentwurf zu, der unter anderem die Einfuhr von Edelsteinen und Hölzern untersagt.

Vorgesehen sind im Burma Democracy Promotion Act ausserdem weitere Finanzsanktionen und Einreisebeschränkungen für Mitglieder der Militärführung und ihrer Familien. Mit dem

Gesetz wird zugleich der Posten eines Sondergesandten und politischen Koordinators für Burma geschaffen, der durch Zusammenarbeit mit den asiatischen Nachbarstaaten und der europäischen Union eine Wende in Burma herbeiführen soll.

Das Repräsentantenhaus hatte einen ähnlichen Gesetzestext bereits am 11. Dezember gebilligt. Wegen der vom Senat vorgenommenen Änderungen ist jetzt aber eine erneute Abstimmung der Abgeordneten erforderlich, bevor US-Präsident George W. Bush das Gesetz durch seine Unterschrift in Kraft setzen kann.

Anzeige

Bush hatte der Militärjunta in Burma vergangene Woche mit weiteren Sanktionen gedroht, falls diese sich einem demokratischen Wandel weiter verschliessen sollte. Bush forderte ausserdem die Freilassung der politischen Gefangenen in Burma

Wang Jiarui berät sich mit EU-Sonderbeauftragtem zur Myanmar-Frage

Xinhua_20 december 2007

Wang Jiarui, Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPCh, traf sich am Mittwoch in Beijing mit Piero Fassino, dem EU-Sonderbeauftragten für Myanmar. Wang Jiarui, Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPCh, traf sich am Mittwoch in Beijing mit Piero Fassino, dem EU-Sonderbeauftragten für Myanmar.

Einer Pressemitteilung zufolge tauschten die beiden ihre Standpunkte zur gegenwärtigen Situation in Myanmar aus. Wang sagte, China wünsche sich eine stabile, demokratische und auf Interessensausgleich basierende Entwicklung in Myanmar. China sei bereit, sich für die Umsetzung dieser Ziele konstruktiv einzusetzen.

Er hielt die internationale Gemeinschaft ihrerseits dazu an, an einer Stärkung der Vertrauensbasis zu arbeiten und den Dialog in Myanmar zu fördern. Fassino sagte, die EU schätze Chinas Beitrag zu einer Stabilisierung der Lage in Myanmar. Er hoffe auf eine weiterhin intensive Kommunikation und Kooperation mit China und anderen asiatischen Ländern.

Der von der EU am 6. November zum Sonderbeauftragten berufene Italiener befindet sich zur Zeit auf einer Asienreise. Weitere Stationen seiner Reise werden Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia und Vietnam sein.

Ban: Die Welt verliert Geduld mit Birmas Generälen

Reuters_10 dezember 2007

Die Weltgemeinschaft verliert nach den Worten von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon wegen der schleppenden Demokratisierung in Birma allmählich die Geduld mit der Regierung des asiatischen Landes. Er hoffe, die herrschenden Generäle nähmen seine Warnung ernst, sagte Ban am Montag in Bangkok. Das birmanische Volk habe so lange gelitten, dass es jetzt das Recht auf wahre Demokratie und eine echte Integration in die internationale Gemeinschaft habe.

An die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (Asea) appellierte der UN-Chef, im Umgang mit ihrem Mitglied Birma eine "besondere politische Rolle" zu übernehmen. Zudem kündigte Ban an, den Einsatz seines Sonderbeauftragten Ibrahim Gambari für einen politischen Dialog in Birma fortzusetzen. Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes im September hatte Gambari zweimal zwischen der Junta und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi zu vermitteln versucht.

Myanmar: Sarkozy und Brown für Dialog

Kurier_1 Dezember 2007

Frankreich und Großbritannien fordern klare Pflichten und Regeln für Myanmar. Für deren Einhaltung soll das Land belohnt werden. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und der britische Premier Gordon Brown haben die Internationale Gemeinschaft zur Mobilisierung für Myanmar (Burma) aufgerufen. "Es ist Zeit, dass das Regime einen echten Dialog beginnt", erklärten beide Politiker in einem Beitrag für die "International Herald Tribune" (Paris, Samstag). Die Militärregierung müsse freien Zugang zur Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi gewähren und dem UN-Sondergesandten Ibrahim Gambari völlige Handlungsfreiheit geben.

Spirale der Armut

Myanmar sei in einer "Spirale der Armut und Revolte", schrieben Sarkozy und Brown. "Die beste Art, einen positiven Wandel zu ermutigen, ist nach unserer Ansicht die Methode von 'Zuckerbrot und Peitsche': Die Verbindung einschränkender und gezielter Maßnahmen mit der Erleichterung dieser Maßnahmen und der Perspektive einer umfassenden ökonomischen Initiative." Es gehe auch um die Nachbarstaaten des südostasiatischen Landes. Diese hätten Probleme mit Flüchtlingen und Drogenhandel.

Mittelalterliche Verhältnisse

Beide warnten vor der Gefahr, dass Myanmar ins Mittelalter zurückkehre. Ziele des Dialogs müssten "Versöhnung und realer politischer Wandel" sein. Das Militär solle aber weiterhin eine große Rolle spielen, auch wenn die Militärdiktatur ende. Die Militärjunta in dem südostasiatischen Land hatte Ende September von buddhistischen Mönchen angeführte Massenproteste gewaltsam beendet. Dabei wurden nach offiziellen Angaben 15 Menschen getötet. Nichtregierungsorganisationen berichteten von mehr als 100 Toten.

Laut UN mindestens 31 Tote bei Unruhen in Burma

Baz.ch_7 dezember 2007

Bei der gewaltsamen Niederschlagung der Demonstrationen in Burma im September sind nach Angaben eines ranghohen UN-Ermittlers mindestens 31 Menschen getötet worden. Die Militärjunta hat bislang die Zahl der Toten mit 15 angegeben.

Die 31 Toten könnten namentlich identifiziert werden, erklärte der UN-Menschenrechtsbeauftragte Paulo Sergio Pinheiro in einem am Freitag in Genf vorgestellten Bericht. Die tatsächliche Zahl der Getöteten dürfte aber wahrscheinlich weit höher liegen, da auch Berichte über Getötete ohne Namensnennung der Opfer vorlägen, hiess es. Pinheiro hatte sich vom 11. bis 15. November zu einer Erkundungsreise in Burma aufgehalten. Die Ergebnisse fasste er in dem Bericht zusammen.

Er habe den burmesischen Behörden in Ergänzung der von der Junta eingestandenen 15 Toten eine Liste mit den Namen von 16 weiteren Getöteten übermittelt, sagte Pinheiro. Der Report listet ferner die Namen von 653 Inhaftierten und 74 Vermissten auf. Auch im Gefängnis sollen mindestens 14 Menschen aufgrund unzureichender Haftbedingungen gestorben sein. Er habe dazu glaubhafte Angaben eines Mönchs, der selbst mehrere Tage inhaftiert gewesen sei, sagte Pinheiro. Burmesische Soldaten hatten am 26. und 27. September auf demonstrierende Mönche und Anhänger der Demokratiebewegung geschossen.